

Thema: „Die Macht des Algorithmus – Wer beeinflusst die Öffentlichkeit?“ (ITU)

Die Generalversammlung,

in Anerkennung der wichtigen Rolle, die die Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen und deren Regierungen im Bereich der Bekämpfung der Verbreitung von Falschinformation und im Bereich der Aus- und Weiterbildung der Bevölkerung in Bezug auf digitale Kompetenz übernehmen,

beunruhigt durch den Anstieg von Falschinformation und politischer Einflussnahme im Internet,

besorgt über die mangelnden Kenntnisse und Fähigkeiten der Bevölkerung, Falschinformationen zu identifizieren, ausgelöst durch unzureichende digitale Bildung im Zusammenhang mit Social Media,

entschlossen die Transparenz und Nachvollziehbarkeit von Social-Media-Algorithmen auch für Personen mit niedrigem bis mittlerem Bildungsniveau zu verbessern,

fest davon überzeugt, dass die Problematik durch internationale Zusammenarbeit eingedämmt werden kann,

der Hoffnung Ausdruck gebend, dass führende Technologieunternehmen die folgende Resolution als Anstoß nehmen, ihren Einfluss zum Wohle der Bevölkerung zu nutzen,

1. schlägt vor, dass Social-Media-Plattformen den Nutzern ermöglichen, den vorgeschlagenen Content durch nicht verpflichtende und jederzeit änderbare genauere Angaben zu ihrer Person und ihren Präferenzen zu konkretisieren,
2. fordert Social-Media-Plattformen dazu auf, bei Postings zu politischen Themen, zum Beispiel Wahlen, die Möglichkeit der Hinterlegung von Quellen bereitzustellen,
3. ermutigt Nachrichtenplattformen, transparente und überprüfbare Quellenangaben bereitzustellen, um das Vertrauen der Öffentlichkeit in die Richtigkeit ihrer Berichterstattung zu stärken und die Verbreitung von Fehlinformationen einzuschränken,
4. bestärkt politische Parteien und deren Kandidaten, auf ihren eigenen Plattformen ebenfalls transparent Quellenangaben zu machen und die Richtigkeit ihrer Aussagen zu garantieren, um ihre Glaubwürdigkeit zu stärken,
5. empfiehlt Bildungsprogramme über Social Media in Schulen und Arbeit,

- a. diese Bildungsprogramme sollen von Staaten und Konzernen kostenlos bereitgestellt werden, Creator sollten für ihre Kooperation an diesen entschädigt werden,
  - b. In diesen Schulungen werden die Funktionsweisen von Algorithmen erklärt, wie man verantwortungsvoll mit Informationen auf sozialen Plattformen umgeht, wie Plattformen gezeigten Content personalisieren und wie Konzerne Algorithmen und KI entwickeln,
6. bekräftigt die Möglichkeit jedes Landes, wenn sie Teil dieser Bildungsoffensive sind, es aber an finanziellen Mitteln fehlt, auf Fördergelder aus einem UNESCO-Fond, welcher dafür extra bereitgestellt wird, zuzugreifen,
  - a. auch Unternehmen können auf dieses Geld zurückgreifen, auf wie viel Geld Länder und Konzerne Zugriff haben, hängt von deren finanzieller und wirtschaftlicher Lage ab,
7. verlangt die Kontrolle von Algorithmen durch internationale, neutrale Expertengruppen, welche jeweils nicht die eigenen Länder überprüfen dürfen, dies soll in geopolitisch sinnvollen Clustern stattfinden
  - a. diese Expertengruppe hat die Aufgabe, sich um Menschenrechtsverletzungen und politische Beeinflussung, vor allem Propaganda, zu kümmern, die Menschen durch Algorithmen beeinflussen könnte,
  - b. jene genannten Expertengruppen haben per se nicht die Macht, diese Algorithmen zu sperren oder zu löschen, aber ein Feedback und Auskunft darüber an die ITU zu geben,
  - c. die ITU hat alle 2 Jahre einen gesammelten Bericht über diese Überprüfungen zu veröffentlichen,
8. ersucht, Plattformen Begründungen für Inhalt, Löschungen oder Kontosperrungen vorzulegen,
9. unterstützt die Einrichtung offizieller Regierungaccounts zur Vermittlung staatlich relevanter Medien, die auf Social-Media-Plattformen nicht gesperrt oder eingeschränkt werden, von Algorithmen, Spenden und Monetarisierungen ausgeschlossen sind und durch unabhängige UN-Gremien auf Desinformation, Propaganda und extremistische Inhalte überprüft werden,
10. fordert, dass Staaten, die durch Nutzung sozialer Plattformen politische Ereignisse in Drittstaaten manipulieren, durch Bußgelder bestraft werden,

11. beschließt, mit dieser Angelegenheit aktiv befasst zu bleiben.

Zustimmung: Argentinien, Bulgarien, Dominikanische Republik, El Salvador, Litauen, Moldawien, Montenegro, Niederlande, Russland, St. Vincent und die Grenadinen, Südkorea, Südsudan, Ungarn

Ablehnung: Keine

Die Resolution wurde mit 13:0 Stimmen angenommen.